

Stattbau statt Stadtbau

Es gibt gegenüber der Linie des altehrwürdigen Bündnisses von Stadtbaukunst und Spekulation eine jüngere Linie der Opposition. Nicht Staat oder Spekulation sollten in dieser Linie die Häuser der Arbeiter bauen, sondern die assoziierten Produzenten selbst. Ob das eine Stadt werden würde, war nicht die Sorge. Die frühen paternalistischen Siedlungsunternehmen griffen alle nach nicht-städtischen Formen, sei es, daß man sich an den Mustersiedlungen der Heirnhuter orientierte, am Versailles Ludwigs XIV. oder an den ländlichen Kolonistsiedlungen. Demokratische Wurzeln hatten diese Formen nur z.T. aufzuweisen, prägender war das Nicht-städtische ihrer Ordnungsmuster. Es wurde auch das ganze 19. Jahrhundert hindurch, ob in Stadt oder Land, nur für die Arbeiter gebaut, nicht durch sie. Erst die politische und gewerkschaftliche Konsolidierung der Arbeiterbewegung und die in den neunziger Jahren beginnende bürgerliche Wohnungs- und Bodenrechtsbewegung besorgten die Voraussetzungen für eine genossenschaftliche Selbstorganisation des Wohnungsbaus, wobei Angestellten- und Beamtenvereinigungen den Weg parallel gingen.

Die Unsicherheit, wie und wo zu bauen sei, war der oppositionellen Linie daher von Anfang an in die Wiege gelegt, und herauszufinden, wer denn nun das Subjekt des Bauens war und welche neuen Formen ihm zukämen, dazu blieb historisch keine Zeit. Denn kaum begannen die jungen Wohnungsbaugenossenschaften sich auf breiter Front zu regen, da wurden sie von einer neuen Welle überholt, die die traditionellen Ansätze bürgerlicher Arbeiterwohnungsfürsorge und die neuen Genossenschaften gleichsam zusammenfassend beerbte. Gemeint ist der kommunale Wohnungsbau der zwanziger Jahre. War städtisches Bauen zuvor Domäne der Beamten-genossenschaften und Erbbauvereine gewesen, so traten die sozialdemokratischen Stadtverwaltungen in *Wien, Frankfurt, Berlin* mit dem Anspruch auf, Arbeiterwohnungsbau in Stadtform zu schaffen. In Berlin trat 1925 an die Stelle von Ludwig Hoffmann, einem sich ganz als Stadtbaukünstler verstehenden Stadtbaurat, der ein Leben lang die Stadt mit öffentlichen Monumenten (Schulen, Krankenhäusern, Feuerwachen usw.) aufgefüllt hatte, ein Architekt, der Städtebau als Wohnungspolitik verstand: *Martin Wagner*. Eine der Stützen der Stadtbaukunst, das Stadtbauamt, wechselte die Partei. Der kommunale Anspruch, Stadt zu bauen, veränderte dabei aber auch den Typus Siedlung. Die Wiener Höfe reagierten auf die Stadt, sie propagierten sich lauthals als neue Versionen des prägenden Wiener Stadtelements, des Palastes. Ebenso ist in der Römerstadt oder in Britz das städtische Vokabular unübersehbar: es wird in Mauern, Torsituationen, Zentralfiguren geredet, beide Siedlungen sind im Maßstab ihres Stadtgebietes gebaut, nicht als Modell 1:1 eines Kleinstadtbildes. Bildlichkeit wie Maßstäblichkeit weisen über die Siedlung hinaus, während gegenläufig der soziale Körper der Siedlung kleingliedert und in gewissem Maße bereits auch anonymisiert wurde.

Was schließlich ist heute von der Opponentenrolle noch übrig? Die alten gewerkschaftlichen, städtischen und genossenschaftlichen Bauträger existieren alle noch, städtische und gewerkschaftliche haben sich zu Monsterunternehmen aufgebläht und blicken in der BRD auf zwanzig fette Jahre großflächig betriebenen „gemeinnützigen“ Wohnungsbaus zurück, nach denen sie, was Umgang mit Stadt und Menschen angeht, von den alten Terraingesellschaften sich nur durch die Unfähigkeit zu bürgerlichen Formen



Ritterstraße Nord

unterscheiden. Was sie geleistet haben, ist schlichtweg Stadtbau im affirmativsten Sinne, unter Anwendung von Stadtbaukunst zur Placierung von Baumassen. Es war allein der propagierte Typ von Stadt - die Stadtrand-siedlung bzw. das innerstädtische Wohnquartier aus isolierten Hochhäusern und Großwohnungsanlagen -, der einen Platz freigelassen hat für die allmähliche Rückkehr der alten Sitte'schen Stadtbaukunst; die Privaten haben das etwas früher entdeckt, aber die großen Wohnungsbaugesellschaften, besonders die, die ökonomisch unter Druck stehen, sind inzwischen auch schon auf der Fährte.

Der im sozialen Wohnungsbau einst enthaltene Protest gerade gegen eine auf Spekulation basierende Stadtbaukunst hat sich heute also noch weiter zurückgezogen. Nachdem die Modelle des Stadtbaus von unten vor lauter Städtebau von denen des Stadtbaus von oben nicht mehr zu unterscheiden sind, spricht sich der Protest heute als negative Stadtbaukunst aus: als Ästhetik der Behutsamkeit. Ich will hier meine Parteilichkeit und Sympathie keineswegs verhehlen. Diese da berufene Behutsamkeit ist an sich eine seltene und nicht genug zu pflegende Pflanze: der Versuch, nach den wahnsinnigen Zerstörungen durch Autobahnbau, öffentlichen Wohnungs- und Schulbau, Besetzung der Stadtzentren durch Kaufhäuser, Versicherungen, Banken, Eigentumswohnanlagen usw. vorsichtig zu werden, hinzusehen, was da ist, umzunutzen statt abzureißen.

Wenn es bei dieser Behutsamkeit bleiben könnte, die sich in Formeln wie behutsame Stadterneuerung oder im Wortspiel Stattbau ausdrückte, gäbe es hier nichts einzuwenden. Das Problem ist nur, daß auch jetzt der soziale Widerspruch eben nicht in konkreten Situationen spricht, sondern in einer merkwürdigen, offensichtlich seit Morris unverrückbar zur linken Bewegung dazugehörenden Ästhetisierung. Lieber nichts als etwas, heißt die Grundformel, und sie allein wäre immerhin, wenn auch politisch falsch, so nach dem Gewesenen aber verständlich. „Stattbau“ und „behutsame Erneuerung“ - zufällige Namen an zufälligen Orten für eine ganz und gar nicht zufällige Verhaltensweise - meinen aber eine typische Architektenäußerung, eine negative Stadtbaukunst: die Verschönerung des Nichtbauens.

Über Nichtbauen und Nichtbebauung von Terrains kann man reden. Die Ästhetisierung dagegen entzieht das Problem. Eine innerstädtische Freifläche soll frei bleiben, eine

wilhelminische Ecke soll nicht bebaut werden, eine Blocksituation soll nicht neu determiniert werden durch raumgreifende Nutzungen: alles das ist verständlich, hat vieles für sich, im Einzelfall auch vieles gegen sich, aber damit ließe sich leben. Die Ästhetisierung des Nichtbauens argumentiert dagegen mit der Verschönerung eines Zustandes, der vielleicht richtig, aber jedenfalls nicht schön ist. Die Ästhetisierung, das städtebauliche Element, wird bloß vorgeschoben, damit man an das Problem in seiner Härte so schnell nicht herankommt. Statt die Härte des Widerspruches zuzugeben, wird gesagt, es wäre schöner. Die Farbe eines Hauses wird z.B. plötzlich wichtiger als die Frage, ob gegenüber eine Lücke zugebaut werden soll. Die Zierrlichkeit eines Gartenhauses soll Raumanprüche begründen. Die Ornamentalisierung einer Freifläche soll eine Vorhaltung befürworten. Die Ausweisung klassizistischer Baukanten soll der Zerstückelung eines Geländes durch Straßenbau zuvorkommen usw.

Woher diese Unfreiheit des Protestes? Es geht sicher nicht, oder nicht nur, um Taktik. Es geht um eine grundsätzliche Krankheit, an der der Protest selber leidet: das ungelöste Verhältnis zur Stadtbaukunst. Es ist im Grunde diese Linie indirekter Ästhetisierung, die mit Unwin endgültig begann, und die bei Bruno Taut und Martin Wagner ihren Höhepunkt hatte. Es wurde damals politisch geredet und ästhetisch gedacht und gebaut. Heute ist es nicht viel besser, aber beinahe umgekehrt: es wird eher ästhetisch geredet, aber politisch gedacht und gebaut (oder nicht gebaut). Beides ist double blind, oder zumindest verwirrt, und beidesmal geht es um das ungeklärte Verhältnis von Ästhetik und Politik. Das, was dem Stadtbaukünstler in den Schoß fällt, nämlich, daß seine von den Menschen abstrahierende Ästhetik mit der Ökonomie des Baumarktes so gut zusammenstimmt, das wird dem linken Architekten aus Prinzip verweigert, er muß sich Stimmigkeit erst hart erkämpfen, nämlich, die wirkliche Einheit von ästhetischer und politischer Aussage, Verhaltensform, Erscheinung. Ästhetik ist zu wichtig, um Verkleidung zu sein, wenn man es begriffen hat, ist sie die politische Aussageform schlechthin. Das setzt aber ästhetische und politische Furchtlosigkeit voraus. Die behutsamen Architekten und Planer haben Angst vor ihren eigenen Realisierungen, sie fürchten sich im Grunde vor sich selbst, vor der Macht der Architekten zur Veränderung, aber auch zur Vergewaltigung von Situationen, der sie, wenn sie isolierte Objekte planen, offenbar erlegen sind.

Wenn das so sein sollte, kann man ihrer Weigerung nicht trauen. Die Ästhetisierung des Nichtbauens bleibt auf einem mittleren Abstraktionsniveau, wo man an die Knackpunkte der einzelnen Situation gar nicht herankommt. Die Ästhetisierung verdeckt also auch politisch eine mittlere Abstraktion, eine Haltung auf halbem Wege zwischen der Perspektive von oben, die der Stadtbaukunst wie der Sanierung zueigen ist und der wirklichen Ausgesetztheit im Einzelfall, dem Zugeben der Gemeinheiten vor Ort. Der Einzelfall aber ist eine Instanz, der die Beschönigungen, wie sie der Ausdruck Behutsamkeit so gut betreibt wie die angedeuteten Ästhetisierungen, nicht zuläßt, will man nicht in ein Reden mit doppelter Zunge kommen, ins Rechtfertigen von nicht Rechtfertigbarem, in die Verschönerung von politischer Unentschlossenheit, Taktik, Ideenlosigkeit oder von egoistischen Flächenansprüchen. Und mit all dem hat man es in der Stadtplanung und Stadterneuerung schließlich alle Tage und allenthalben zu tun. Die Weigerung, sich an einem gegebenen Punkt aus freiem Willen voll architektonisch zu engagieren, bleibt immer

Foto IBA